



Die Lebensgrundlagen erhalten

Erklärung des Arbeitskreises Religionen und Naturschutz zur 23. UN-Klimakonferenz in Bonn

Für Religionen ist die Bewahrung der Natur und ihrer Vielfalt sowie der Lebensgrundlagen von Menschen eine gemeinsame und bleibende Aufgabe, die in religiösen Schriften und mündlichen Überlieferungen seit Jahrtausenden festgehalten wird – in Schöpfungserzählungen, Gleichnissen und anderen Überlieferungen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist neben aller staatlichen Anstrengungen ein Beitrag der Religionen zur Überwindung der Klima-Krise von entscheidender Bedeutung.

Schon jetzt bedroht der Klimawandel Millionen Menschen: Armut und Hunger weltweit wachsen an. Die Schwächsten und Ärmsten haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen. Zudem können sie sich am wenigsten vor den Folgen der Klima-Krise schützen, sind aber am stärksten davon betroffen. Immer mehr Menschen verlieren ihre Lebensgrundlagen und sind zur Flucht gezwungen. Vor allem sie können durch eine klimaschonende Entwicklung besonders unterstützt werden. Aber auch die weiter gefasste belebte Natur bedarf eines besonderen Schutzes: Tiere, Pflanzen und Ökosysteme sind durch menschliche Aktivitäten und den damit zusammenhängenden Klimawandel in einem noch nie zuvor gekannten Ausmaß gefährdet oder werden sogar ausgelöscht.

Es ist daher unsere Verantwortung, generationenübergreifend zu handeln und unseren Kindern, Enkeln und Mitlebewesen auch in Zukunft nachhaltige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Der globale, durch Menschen mit verursachte Klimawandel aber gefährdet unsere Zukunft. Er ist eine Bedrohung für das Leben von Menschen, aber auch für die biologische Vielfalt. Durch eine konsequente Umsetzung des 2015 vereinbarten Klima-Abkommens von Paris ist eine Überwindung der globalen Krise möglich. Dafür ist jetzt die Verwirklichung der Beschlüsse erforderlich. Der Klimagipfel im November 2017 in Bonn kann und muss die Weichen für die praktische Umsetzung der nationalen und internationalen Klimaverpflichtungen bestimmen. Ein grundlegender Wandel ist erforderlich.

Von den Regierungen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und jedem einzelnen von uns müssen folgende Ziele angestrebt werden:

- Der Verbrauch von Kohle, Öl und Gas muss reduziert und die fossile Wirtschaft schrittweise auch ohne Einsatz der riskanten Atomtechnik beendet werden.
- Der Energie- sowie der Verkehrssektor müssen möglichst schnell ohne fossile Energieträger auskommen, die Erneuerbaren Energien stärker als bisher ausgebaut werden.
- Gleichzeitig gilt es, den Energieverbrauch zu reduzieren, indem die Energieeffizienz und Energiesuffizienz in allen Bereichen gesteigert wird, insbesondere die ökologisch durchdachte Sanierung von Gebäuden muss vorangetrieben werden.
- Die (klein)bäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss ausgebaut werden, den Konsum von Fleisch und Fisch gilt es zu reduzieren.
- Der übermäßige Konsum und die Wegwerfmentalität sind zu überwinden.
- Grenzenloses Wirtschaftswachstum darf kein Ziel mehr sein.
- Geld sollte nachhaltig investiert und klimaschädliche Anlagen vermieden werden.
- Die Schwächsten und Ärmsten sind dabei zu unterstützen, die Folgen des nicht mehr vermeidbaren Klimawandels zu bewältigen.



Nur durch diese und weitere Schritte lässt sich das im Pariser Klimaschutzabkommen festgehaltene Ziel erreichen, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich weniger als 2°C, möglichst jedoch 1,5°C zu begrenzen.

Wir fordern deshalb die deutsche Bundesregierung auf, dringend die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit in Deutschland die Klimaschutzziele eingehalten werden. Die Treibhausgasemissionen müssen gemäß dem Abkommen von Paris, verglichen mit 1990, bis 2020 um 40 % und bis 2030 um 55 % reduziert werden. Den deutschen Klimaschutzplan 2050 gilt es konsequent umzusetzen, damit bis zum Jahr 2050 die Emissionen um 95 % reduziert werden. Insbesondere müssen jetzt ein sozialverträglicher Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung und eine ökologische Verkehrswende beschlossen und auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus sind Fragen des Natur- und Umweltschutzes noch stärker vor dem Hintergrund sozialer Gerechtigkeit zu durchdenken und in allen Bereichen der staatlichen Administration zu verankern, damit die Transformation zu einer naturverträglicheren Gesellschaftsform Wirklichkeit werden kann. Deutschland hatte im internationalen Austausch eine klimapolitische Führungsrolle eingenommen. Das muss nun auch konkret werden.

In unseren Religionsgemeinschaften setzen wir uns auf allen Ebenen verstärkt dafür ein, diese Ziele zu verfolgen und Klima- und Umweltschutz als grundlegendes Prinzip religiösen Handelns zu stärken, um so den weltweiten Transformationsprozess voranzubringen. Durch eigenes Handeln – sei es in Bezug auf Gebäude, Energieversorgung, Mobilität, Ernährung, Geldanlage oder auf globale Partnerschaften für Klimaschutz –, und einer der beschriebenen Krise gerecht werdenden Spiritualität können wir als Religionen gemeinsam und kann jede und jeder für sich eine wichtige Rolle übernehmen, Maßnahmen zur Umsetzung des Pariser Abkommens gemeinsam mit Entschiedenheit und Energie zu entwickeln und umzusetzen.

Frankfurt am Main, 9. November

Mitglieder des Arbeitskreises Religionen und Naturschutz sind Saba Detweiler (Bahá'í Gemeinde in Deutschland), Asmaa El Maaroufi (Zentrum für Islamische Theologie der Universität Münster), Prof. Dr. Karl-Heinz Erdmann (Bundesamt für Naturschutz), Helga Inden-Heinrich (Deutscher Naturschutzring), Dr. Christine Katz (Leuphana-Universität Lüneburg), Dr. Jonna Kuchler-Krischun (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Paula Mack (Abrahamisches Forum), Dr. Hubert Meisinger (Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau), Dr. Jürgen Micksch (Abrahamisches Forum), Andreas Mues (Bundesamt für Naturschutz), Mira Nürnberg (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Dr. Irfan Ortac (Zentralrat der Eziden in Deutschland), Till-David Schade (NABU), Khushwant Singh (Vertreter der Sikh-Religion), Alexander Smolianitski (Limmud e.V.), Michael Slaby (Arbeitsgemeinschaft Buddhismus und Umwelt der DBU), Haladhara Thaler (Hindu-Gemeinde Berlin), Melek Yıldiz (Alevitische Gemeinde in Deutschland), Marc Witzenbacher (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland).



Die Erklärung wird mitgetragen von:

Ahmadiyya Muslim Jamaat KdÖR
Bund Deutscher Dialog Institutionen
Brot für die Welt
Deutsches Islamforum
Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Hamburg-Ost
Hanmaum Zen Zentrum Deutschland
Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche Westfalen
Institut für Theologische Zoologie
Katholische Landjugendbewegung e.V. (KLJB)
Möwe – Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung
Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland
Rat der Deutschen Buddhistischen Union
Runder Tisch der Religionen Osnabrück
Zentralrat der Muslime in Deutschland
Zentrum für Mission und Ökumene – nordkirche weltweit
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau

Prof. em. Dr. Wilhelm Barthlott (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), Tom Hanusch, (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Petra Kunik (Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Frankfurt am Main), Ute Leucht (Deutsche Buddhistische Union e. V. – Buddhistische Religionsgemeinschaft, AG Buddhismus und Umwelt), Prof. Dr. Andreas Lienkamp (Universität Osnabrück), Bettina Münch-Epple (WWF Deutschland), Dr. Torsten Raynal-Ehrke (Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende, KNE), Dr. Beatrice van Saan-Klein (Umweltbeauftragte des Bistums Fulda), Dr. André Witthöft-Mühlmann, (Umweltbeauftragter der Evang. Landeskirche in Baden)